



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Schwäbische Zeitung, 04.09 und 11.09.2013

Generell politische Fragen:

1. Sind Sie für einen flächendeckenden Mindestlohn und wenn ja, warum?

Wer hart arbeitet, muss anständig bezahlt werden. In den allermeisten Fällen klappt die Lohnfindung zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Dort wo Missstände sind, will ich eine klare Regelung. Wenn es keinen Tarifvertrag gibt sollten die Tarifpartner gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen. Dabei müssen unterschiedliche Regionen und Branchen berücksichtigt werden. Einen politisch festgesetzten einheitlichen Mindestlohn lehne ich ab, er ist weder gerecht noch hilft er den Betroffenen.

2. Wird bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf genug getan oder schlagen Sie Veränderungen vor?

Familien und Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb haben wir für sie viel getan. Es gibt jetzt einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und der Bund unterstützt den Ausbau von Krippenplätze. Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit verbessert. Viele Unternehmen bieten flexible Teilzeitmodelle an. Demgegenüber schaffen wir mit dem Betreuungsgeld aber auch eine Wertschätzung für Erziehungsleistung in der Familie. Der Wiedereinstieg nach einer Familienpause muss jedoch noch verbessert werden.

3. Die einen sorgen sich um ihre Rente, die Jungen haben das Gefühl, stark belastet zu werden. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Generationengerechtigkeit heißt, den kommenden Generationen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Alle müssen ihren Teil dazu beitragen, dass wir die Rentenkasse auch langfristig stärken. Diejenigen, die heute Rentner sind und Deutschland aufgebaut haben, dürfen aber nicht im Stich gelassen werden. Dieses Jahr ist die Rentenerhöhung kleiner ausgefallen, nächstes Jahr

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 - 73783
Telefax: 030 / 227 - 76783

Wahlkreisbüro Sigmaringen

Karlstraße 28
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571 / 12053
Telefax: 07571 / 725695

Wahlkreisbüro Zollernalb

Bahnhofstraße 22
72336 Balingen
Telefon: 07433 / 91866
Telefax: 07433 / 91867

E-Mail & Internet

thomas.bareiss@bundestag.de
www.thomas-bareiss.de



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

wird sie stärker steigen. Die Rente richtet sich nach den Lohnsteigerungen und nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Einzahler.

4. Müsste die Höhe der Pensionen langfristig an die der Renten angepasst werden?

Nicht jeder Pensionär ist gut ausgestattet. Viele Polizisten, Soldaten und kleine Beamte müssen im Alter mit einer kleinen Pension auskommen. Deshalb halte ich nichts von einer Pauschalierung. Wir brauchen auch gute und engagierte Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung und Pension. Wir müssen aber in Zukunft einen Weg finden, der sicherstellt, dass keine zu große Lücke zwischen Renten- und Pensionssteigerungen entsteht.

5. Welche Rahmenbedingungen muss die Regierung schaffen, damit das Leben auf dem Land trotz rückläufiger Bevölkerung und einer älter werdenden Gesellschaft lebenswert bleibt?

Die Deutschen werden in der Tat glücklicherweise immer älter. Demgegenüber kommen leider weniger Jüngere nach. Gerade auf dem Land wird dies deutlich spürbar sein. Wichtig ist es deshalb, dass die Lebensbedingungen auf dem Land weiter verbessert wird. Das bedeutet vor allem eine gute Infrastruktur. Gute Verkehrswege und Internet, aber auch Arzt, Metzger und Bäcker. Trotz allen Herausforderungen, ich ziehe das Leben bei uns jeder Großstadt vor.

6. Sind Sie für eine Pkw-Maut, bitte begründen Sie Ihre Meinung?

Für den Erhalt und Neubau unserer Straßen, brauchen wir die Einführung einer PKW-Maut. Nur so können wir den enormen Nachholbedarf an Verkehrsinfrastruktur gerade auch in unserer Region decken. Zwingend muss mit der Einführung der PKW-Maut eine Entlastung bei der KfZ-Steuer einhergehen. Die Einnahmen aus PKW und LKW Maut müssen dann zweckgebunden für den Erhalt und weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eingesetzt werden und nicht in den allgemeinen Bundeshaushalt fließen.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

Lokale inhaltlichen Fragen

1. Ist es realistisch alle drei Krankenhäuser im Landkreis Sigmaringen zu erhalten?

Das weiss ich nicht und kann es auch nicht einschätzen. Auf alle Fälle wird das eine ganz schwierige Entscheidung, die die Kreisräte zu treffen haben. Ich weiß aus meiner eigenen Zeit im Kreistag, wie schwierig eine solche Entscheidung ist und wie lange und intensiv man sich damit befassen muss, um alle Vor- und Nachteile abzuwägen. Deshalb kann ich da keinen „besserwisserischen“ Rat geben. Ich bin mir aber sicher, dass alle Kreisräte mit dieser Entscheidung verantwortungsvoll umgehen werden.

2. Was wollen Sie unternehmen, damit die Elektrifizierung der Zollernbahn vorwärts kommt?

Die Elektrifizierung der Zollernbahn und damit eine schnelle Anbindung an den neuen Hauptbahnhof S21 und an den neuen ICE-Flughafenbahnhof hat für unsere Region eine enorme Bedeutung. Gemeinsam mit dem CDU Kreisverband habe ich bereits Anfang 2008 eine Resolution zur schnellen Elektrifizierung gestartet. Daraus ist jetzt eine Interessengemeinschaft für das Projekt geworden. Jetzt müssen wir für Planung und Finanzierung in Stuttgart und Berlin weiter kämpfen.

3. Sehen Sie Chancen, dass die Umfahrung der B 311 (Nordtrasse) in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wird?

Landkreis und Gemeinden haben sich für die Nordtrasse ausgesprochen. Damit hat auch für mich das Projekt Priorität. Offen bleibt, wie wir mit den wichtigen Ortsumfahrungen Krauchenwies und Göggingen zukünftig umgehen. Die grün-rote Landesregierung ist jetzt in der Pflicht, dem Bund eine Liste mit Maßnahmen für die Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans vorzulegen. Darauf bin ich schon gespannt. Die einzelnen, von den Ländern vorgeschlagenen Maßnahmen werden dann vom Bundesministerium bewertet.



Thomas Bareiß

Mitglied des Deutschen Bundestages

4. Tut der Bund genügend, um die vom Bundeswehrabzug betroffenen Kommunen zu unterstützen?

Bund, Land sowie Gemeinden sind gemeinsam gefordert. Die CDU plant einen Sonderfond mit 200 Mio. Euro zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden. Es bestehen bereits Förderprogramme, z.B. die Städtebauförderung. Auch wurden seit der ersten Truppenreduzierung 1993 den Ländern Steuermittel zur Unterstützung bereitgestellt, die zum Ausgleich von Konversionsfolgen eingesetzt werden. Ich bin überzeugt, dass wir für die frei werdenden Liegenschaften neue Nutzer und Unternehmen finden werden.

5. Sind Sie für den Bau von Windkraftanlagen in der Region, obwohl die Anlagen anderswo wirtschaftlicher betrieben werden könnten?

Die Energiewende wird nicht mit der Brechstange funktionieren. Die Windkraft ist eine starke erneuerbare Energie, die im Einklang mit Mensch und Natur ausgebaut werden sollte. Sie muss vor allem dort ausgebaut werden, wo sie wirtschaftlich und verlässlich zu betreiben ist. Nur so wird Energie auch zukünftig bezahlbar bleiben. Im windreichen Norden ist das Potential hoch, in Baden-Württemberg dagegen nur begrenzt.